

Kriegsnarrative in reichsbürgerlichen Texten – Inszenierungen des Ausnahmezustandes

Georg SCHUPPENER

Abstract

War narratives in Reich citizens' texts

This article deals with the topic of war in selected texts written by Reich citizens. It begins by outlining the current state of research, revealing a notable gap in our knowledge – particularly with regard to the linguistic specifics of Reich citizens' texts. Texts from the organization “Bismarcks Erben” (“Bismarck's Heirs”) are then examined in more detail. For this purpose, a statistical evaluation of the lexis is carried out. It can be shown that war lexis is an important component of these texts. Furthermore, the role of war narratives for the self-representation and recruitment of Reich citizens is examined.

Keywords: Reich citizens, political language, lexicology, war terminology

DOI: 10.15452/StudiaGermanistica.2022.31.0003

1. Hintergrund

Seit noch nicht einmal einem Jahrzehnt ist das Phänomen der Reichsbürger in der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland präsent. Die Anhänger dieser politischen Bewegung leugnen die Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland und behaupten stattdessen die Fortexistenz eines (wie auch immer gearteten) Deutschen Reiches oder die Existenz anderer Staaten auf dem Territorium Deutschlands (sog. „Selbstverwalter“) (vgl. Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz [2017]). Ähnliche Gruppen gibt es auch in Österreich (hier meist „Staatsverweigerer“ genannt) und in der Schweiz.

Einer breiteren Öffentlichkeit sind die Reichsbürger erst durch einige spektakuläre Straftaten bekannt geworden, wie beispielsweise durch die Ermordung eines Polizisten im bayerischen Georgsgemünd im Jahre 2016 oder eine Schießerei bei einem SEK-Einsatz im sachsen-anhaltinischen Reuden im selben Jahr (vgl. Röpke 2018:158ff.). Auch der so genannte „Sturm auf den Reichstag“ am 30. 8. 2020 wurde maßgeblich von Reichsbürgern initiiert. In jüngster Zeit rufen Reichsbürger auf Demonstrationen zum Widerstand gegen staatliche Corona-Maßnahmen auf. Daneben zeichnen sich die Aktivitäten von Reichsbürgern durch diverse Formen der Obstruktion gegenüber der öffentlichen Verwaltung und den Repräsentanten des Staates aus. Mit dem systematischen Versand von Beschwerdeschreiben, Einsprüchen gegen Gebührenbescheide, Forderungen nach Befreiung

von Steuern und Abgaben usw. binden sie Kapazitäten in Verwaltung und Justiz und sind so zu einem durchaus nennenswerten administrativen Störfaktor geworden (vgl. z.B. Caspar/Neubauer 2015:93ff., Caspar/Neubauer 2017).

Die Anhängerschaft der Reichsbürgerbewegung hat in den vergangenen Jahren bundesweit zugenommen¹ (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021:113). Anschaulich verdeutlichen beispielsweise die folgenden Zahlen aus Hamburg die Entwicklung:

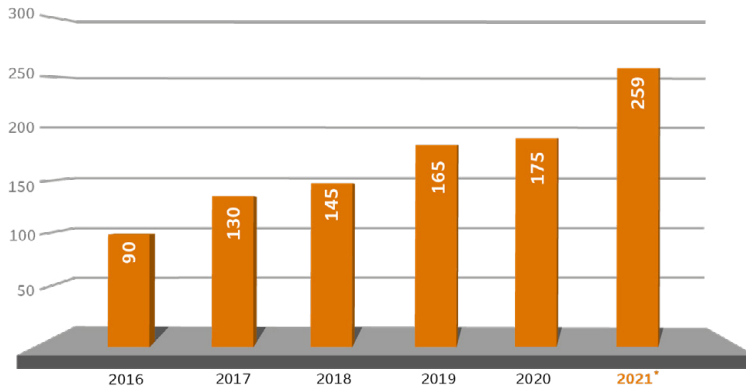


Abb. 1: Veränderung der Anhängerzahl reichsbürgerlicher Gruppen in Hamburg (Quelle: URL 20 – Stand 2021: 9.9.2021)

Nicht zuletzt die Aktivitäten von Reichsbürgern im Zusammenhang mit Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie haben der Bewegung noch mehr Aufmerksamkeit verschafft und so auch dazu beigetragen, dass die Zahlen der Anhänger und Sympathisanten stiegen (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021:113ff.).

Die Anhänger der verschiedenen Reichsbürger-Gruppen sind häufig hermetisch organisiert und miteinander nicht oder nur wenig vernetzt. Die Szene ist vielmehr bestimmt durch Einzelpersonen und durch Gruppen geringer Mitgliederzahl (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021:112). Geprägt ist die Szene durch ein sehr reiches Spektrum an unterschiedlichen Strömungen und Konzepten, die sich in den konkreten Argumenten für die angebliche Illegitimität der Bundesrepublik Deutschland, aber auch hinsichtlich der Behauptung, dass das Deutsche Reich oder andere historische Staatsformen weiter bestünden, z.T. erheblich unterscheiden. Auf diese Details kann hier nicht eingegangen werden.

Vielfach negieren die Reichsbürger die Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges und insbesondere die gesellschaftliche und staatliche Neuordnung nach 1945. Damit verbunden ist gemeinhin die Aussage, dass der Krieg (in welcher Form auch immer) noch fortdaure und eine endgültige Regelung in Bezug auf Deutschland weiterhin ausstehe. Referenzen auf den Krieg sind in der Reichsbürgerszene daher weit verbreitet (vgl. Schuppener 2019:204).

2. Forschungsziel und Forschungsstand

Ziel der folgenden Untersuchung soll es vor diesem Hintergrund sein, genauer zu betrachten, wie Reichsbürger derartige Kriegsnarrative verbreiten und welche sprachlichen Charakteristika die betreffenden Texte aufweisen. Das Forschungsinteresse soll sich daneben auch darauf richten, ob

¹ Berücksichtigt werden sollte bei der Zunahme der Zahlen aber auch das Faktum der stärkeren öffentlichen und sicherheitsbehördlichen Aufmerksamkeit für diese politische Gruppe. So verfügte das Bundesamt für Verfassungsschutz – anders als einige Verfassungsschutzbehörden der Bundesländer – noch 2018 nach eigener Aussage über keinerlei Publikationen zur Thematik der Reichsbürger. (www.verfassungsschutz.de) Dies belegt, dass die politische Brisanz des Phänomens lange nur eingeschränkt wahrgenommen wurde.

Bezugnahmen auf den Krieg mit sprachlicher Aggression und Gewaltandrohung verbunden sind. Im Hinblick auf die hier untersuchte Thematik „Krieg“ wird ferner untersucht, wie die Reichsbürger hier argumentieren und welche Ziele sie mit ihren Argumentationen verfolgen.

Für eine solche Untersuchung gilt es allerdings einige Schwierigkeiten zu überwinden. Insbesondere gibt es trotz der in jüngerer Vergangenheit verstärkten öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit selbst bei den Sicherheitsbehörden (Staatsschutzabteilungen der Polizei, Bundesamt für Verfassungsschutz, Verfassungsschutzämter der Bundesländer) keinen abschließenden und umfassenden Überblick über die Szene und ihre Organisationen. Dies zeigt der Einblick in die Verfassungsschutzberichte (vgl. z.B. Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2019:114), aber auch in die zu der Thematik der Reichsbürger in Parlamenten bis Ende 2020 gestellten Kleinen Anfragen (derzeit recherchierbar über <https://kleineanfragen.de/>).

Ferner ist die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Reichsbürger bislang noch kaum fortgeschritten. Durch den kurzen Zeitraum wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit der Thematik von nicht einmal einem Jahrzehnt sind bisher große Bereiche wenig oder überhaupt noch nicht erschlossen. Die inzwischen vorhandenen Publikationen widmen sich vorwiegend aus verwaltungswissenschaftlicher Sicht der Thematik (Rathje 2014, Caspar/Neubauer 2015, Wilking 2015, Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz 2017, Caspar/Neubauer 2017). Vielfach konzentriert sich dabei die Sicht auf die Rolle der Reichsbürger als verwaltungsbehinderndes Problem, d.h. auf die Interaktion zwischen dem Verwaltungsbereich und Anhängern reichsbürgerlicher Ideologie. Häufig haben die Abhandlungen sogar primär Ratgeber-Charakter für die Verwaltungspraxis, selbst wenn darin aus unterschiedlichen Perspektiven Hintergründe und Motive der Reichsbürger analysiert werden (Wilking 2015, Caspar/Neubauer 2015:93ff., Herwig 2018).

Hinzu kommen einige Untersuchungen mit politologischem, soziologischem oder psychologischem Ansatz (Keil 2015, Rathje 2017, Speit 2017, Haase 2018, Schönberger/Schönberger 2020, Keil 2021).

Sprache als wichtigster Bestandteil politischer Identitätsstiftung und Meinungsbildung wird in der bisherigen Forschung – wenn überhaupt – nur am Rande behandelt, und zwar nur im Hinblick auf spezielle Argumentationsmuster von Reichsbürgern (z.B. Caspar/Neubauer 2017:79ff.). Eine dezidiert linguistische, sprich politolinguistische Auseinandersetzung mit den Spezifika reichsbürgerlichen Sprachgebrauches im umfassenden Sinne steht hingegen bislang aus, sieht man von kleineren Studien ab (Schuppener 2018, 2019). Der Forschungsstand kann daher zumindest aus linguistischer Perspektive als defizitär bezeichnet werden.

3. Material und Methode

Die Methodik der Analyse reichsbürgerlicher Texte folgt den bewährten Verfahren der Politolinguistik (beschrieben z.B. bei Niehr 2014), wobei die Untersuchung auf den Ebenen Lexik, Textsorte und Diskurs erfolgt. Hier wird der Lexik und den Diskursen besondere Aufmerksamkeit gewidmet, da diese die inhaltliche Spezifik der Texte prägen.

Für eine valide Untersuchung der oben genannten Forschungsziele ist eine geeignete Materialgrundlage aus aussagekräftigen Texten erforderlich.

Wie bei allen Gruppen lässt sich auch bei den Reichsbürgern zwischen interner und nach außen gerichteter Kommunikation unterscheiden. Wegen der hermetischen Struktur von Teilen der Reichsbürgerszene und der Tatsache, dass Texte für die interne Kommunikation potenziell strafbare Inhalte besitzen können und daher von Szeneangehörigen vor dem Zugriff von außen mutmaßlich verborgen werden, ist eine Erschließung von solchen internen Texten mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden und in der Regel nur mit geheimdienstlichen Mitteln möglich. Für die hier durchzuführende Untersuchung muss daher auf nach außen gerichtete Texte zurückgegriffen werden.

Bei der nach außen gerichteten Kommunikation kann man im Wesentlichen drei Bereiche unterscheiden:

1. mündliche und schriftliche Äußerungen auf Demonstrationen, in jüngerer Vergangenheit vorwiegend im Zusammenhang mit Protesten gegen staatliche Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie (Reden, Rufe, Sprechchöre bzw. Plakate, Flugblätter),
2. Texte im Internet auf reichsbürgerlichen Seiten und in den sozialen Medien (z.B. Facebook),
3. Kommunikation mit Behörden und anderen öffentlich-rechtlichen Institutionen (z.B. *ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice*, vormals *GEZ*), meist in schriftlicher Form.

Andere Bereiche, in denen vor allem auf Print-Kommunikation zurückgegriffen wird, sind entweder von untergeordneter Bedeutung, wie z.B. Flugblätter im Vorfeld von Wahlen, E-Mails, adressierte Massen- oder Postwurfsendungen,² oder die betreffenden Texte sind auf reichsbürgerlichen Internetseiten ebenfalls präsent oder erschließbar (Broschüren, Postkarten, reichsbürgerliche „Dokumente“ etc.).

Die Kommunikation mit Behörden wird bereits in den o.g. verwaltungswissenschaftlichen Publikationen – wenngleich nicht unter sprachwissenschaftlicher Perspektive – thematisiert. Der Adressatenkreis ist hierbei gemeinhin auf eine Behörde/Institution begrenzt. Demgegenüber sind die Texte aus den Bereichen 1 und 2 mehrfach adressiert: Einerseits richten sie sich an die eigene Gruppe und Sympathisanten und dienen dabei zur Identitätsstiftung, zur Bekräftigung der eigenen Überzeugungen und zur Stärkung des Gruppenzusammenhaltes. Andererseits sind die betreffenden Texte für eine breite und unspezifische Öffentlichkeit gedacht, um für die eigene Ideologie zu werben.

Angesichts der Tatsache, dass bislang erst wenig wissenschaftliche Aufmerksamkeit primär auf die Sprache von Reichsbürgern gerichtet wurde und dementsprechend kaum Vorarbeiten existieren, erscheint es aus praktischen Erwägungen sinnvoll, die Untersuchung hier auf Texte aus dem Internet zu konzentrieren, da diese von den oben genannten drei Bereichen am leichtesten zu erschließen sind. Überdies besitzen diese Texte den Vorteil, dass sie bereits elektronisch vorliegen, was die Zusammenstellung und Auswertung erheblich vereinfacht.

Für die vorliegende Untersuchung wurde ein Korpus genutzt, das im Rahmen des Projektes ‚Sprachliche Spezifika der Reichsbürgerbewegung‘ (‚Jazyková specifika hnutí Říšských občanů‘) an der Universität Jan Evangelista Purkyně in Ústí nad Labem aus Texten erstellt wurde, die von reichsbürgerlichen Internetseiten stammen, und zwar von solchen Gruppen, die in den Jahresberichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz erwähnt werden.

Aus praktischen Gründen wurde dabei auf einen Ausschnitt der Szene fokussiert, nämlich auf die im August 2018 gegründete Gruppierung ‚Bismarcks Erben‘ (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021:116) sowie die mit ihr verbundenen Unterorganisationen und Vorläuferorganisationen.

Da die Szene äußerst unübersichtlich und in Kleinstgruppen zersplittert (vgl. Speit 2017a:13f.) und von einem ständigen Wandel durch die Entstehung neuer Initiativen, aber auch durch das Verschwinden von Akteuren geprägt ist, (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021:116) kann mit dem Zugriff auf eine vernetzte Gruppe zumindest ein Kern reichsbürgerlicher Aktivitäten identifiziert werden. Auf Grund des schnellen Wandels der Szene gewährleistet das Bestehen der Organisation seit einigen Jahren zudem eine gewisse Kontinuität, die auch für die Analyse der Texte wichtig ist. Darüber hinaus bieten die Internetseiten auch umfangreiches Textmaterial.

² Freundlicher Hinweis des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz. Gleichwohl wurde der Verfasser bereits verschiedentlich mit E-Mails und an ihn adressierten Postsendungen aus der Reichsbürgerszene konfrontiert.

4. Ausgangslage

Die Gruppe ‚Bismarcks Erben‘ tritt im Internet auch unter den Namen ‚Ewiger Bund‘ auf³ und betreibt ferner eine Seite namens ‚Vaterländischer Hilfsdienst (VHD)‘.⁴ Darüber hinaus ist auch die Seite ‚Preußenjournal‘ mit dieser Gruppe verbunden. So gehen auf diese Reichsbürgergruppe folgende Internetseiten zurück:

<https://bismarckserben.org>
<https://www.ewigerbund.org/>
<https://www.hilfsdienst.net>
<https://preussenjournal.net>

Ferner verantwortet die Gruppe einen eigenen Nachrichten-Kanal im Internet unter der Adresse <https://vhd1.net>. Hier werden Nachrichten in unterschiedlicher Form präsentiert, u.a. auch als Video-Podcast: Die professionell gestaltete Nachrichtensendung ‚VHD Aktuell‘ wird in einem etwa monatlichen Turnus eingestellt.

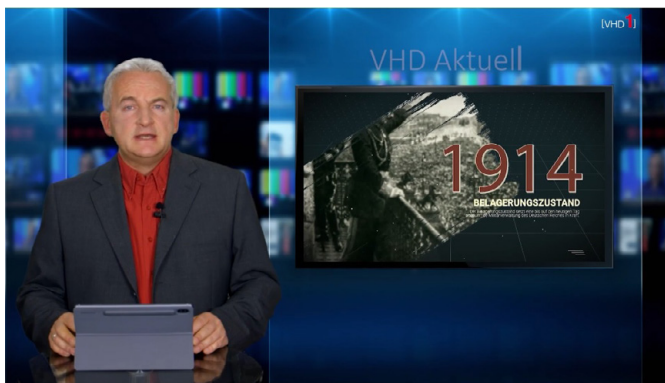


Abb. 2: Nachrichtensendung ‚VHD Aktuell‘ vom 17.11.2021
 (Quelle: URL 11)

In den sozialen Netzwerken ist die Gruppe sehr aktiv, so unter dem Namen ‚Preußisches Institut‘ im russischen VK-Netzwerk⁵ unter <https://vk.com/preussischesinstitut> (seit März 2019). Im selben Netzwerk werden auch die Kanäle ‚Ewiger Bund‘ (seit August 2019), ‚Vaterländischer Hilfsdienst VHD‘ (seit Oktober 2020) und z.T. sehr intensiv ‚Preußenjournal‘ (seit Oktober 2017) mit Hunderten von Beiträgen beschickt. Im Instant-Messaging-Dienst Telegram sind ‚Bismarcks Erben‘, ‚Vaterländischer Hilfsdienst VHD‘ und ‚Ewiger Bund‘ als Kanäle aktiv. Gerade Telegram spielt für die Vernetzung und Interaktion von Reichsbürgern, aber auch von Rechtsextremisten und Verschwörungstheoretikern in den letzten Jahren eine immer wichtigere Rolle (vgl. z.B. Huesmann 2021:113f.). Im sozialen Netzwerk Facebook betreibt die Gruppe die Seite ‚Königreich Preußen‘,

³ Der Name referiert offenkundig auf die Präambel der unter Bismarcks Ägide erarbeiteten Verfassung des Deutschen Reiches von 1871 (sog. Bismarck-Verfassung). Hierin heißt es: „Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes, Seine Majestät der König von Bayern, Seine Majestät der König von Württemberg, Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden und Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und bei Rhein für die südlich vom Main gelegenen Theile des Großherzogtums Hessen, schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des Deutschen Volkes.“ (URL 5)

⁴ Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021:116).

⁵ Das soziale Netzwerk VK (Vkontakte) wurde 2006 gegründet. VK.com zählt zu den populärsten Websites in Russland. Im Jahre 2018 gab es über 500 Millionen Accounts (vgl. URL 6).

und zwar – soweit erschließbar – sogar bereits seit Oktober 2013⁶ (vgl. URL 19). Auf dem Portal Youtube hat sie diverse Videos eingestellt, wie beispielsweise einen Aufruf „An die deutsche Nation“ (vgl. URL 31). Ferner vertreibt die Gruppe über einen Internetversender (<https://www.michaskaufladen.net/>, URL 28) unter der Rubrik „Bundeszeughaus“ diverse Accessoires, vornehmlich Textilien mit einschlägiger Farbgestaltung (Schwarz-Weiß-Rot) und Aufdrucken.⁷ Es muss offen bleiben, ob diese Aufzählung die Gesamtheit der Aktivitäten der Reichsbürgergruppe im Internet vollständig wiedergibt. In jedem Falle wird jedoch deutlich, wie verzweigt und unübersichtlich deren Strukturen und Außendarstellung sind, was die Erschließung der Textproduktion signifikant erschwert. Bereits dieses Geflecht von Auftritten im Internet bietet jedenfalls hinreichend Material für eine exemplarische Analyse an. Die Gesamtheit des textlichen Materials aller dieser digitalen Auftritte wurde im Korpus berücksichtigt und dient so als Grundlage für die weitere Untersuchung.

Die Reichweite der Auftritte in den sozialen Medien ist durchaus unterschiedlich, wie die nachfolgenden beiden Beispiele zeigen:

Die Resonanz auf die Posts in den Kanälen im VK-Netzwerk ist zwar überschaubar, aber doch nicht gänzlich vernachlässigbar. So wurde beispielsweise auf die 46 Posts des Kanals ‚Preußisches Institut‘, die dort zwischen dem 26.3.2019 und dem 3.9.2021 eingetragen wurden, insgesamt 9.078 Mal zugegriffen, woraus sich pro Post ein Wert von knapp 200 Zugriffen (konkret 197,35) ergibt (Stand 24.1.2022). Dennoch ist die Resonanz als eher gering einzuschätzen, was wohl nicht zuletzt auch daran liegt, dass das russische VK-Netzwerk im deutschsprachigen Raum nicht sonderlich verbreitet ist. Das Youtube-Video ‚An die deutsche Nation‘ – eingestellt am 3.10.2020 – verzeichnete binnen anderthalb Jahren mehr als 17.200 Zugriffe (Stand 25.4.2022).

Die Internetseiten <https://bismarckserben.org>, <https://www.ewigerbund.org/> und <https://preussenjournal.net> wurden in den vergangenen Jahren laufend aktualisiert, wenn auch bisweilen im Abstand von einigen Monaten. Eine deutlich größere Aktivität weist die Seite <https://www.hilfsdienst.net> auf. Hier werden regelmäßig, an manchen Tagen sogar mehrere neue Informationen eingestellt. Dokumentiert werden insbesondere die periodisch stattfindenden regionalen Treffen von Anhängern der Organisation (vgl. Abb. 3) Insgesamt zeugen die Aktualisierungen aller Seiten, aber auch die z.T. sehr frequenten Posts in den sozialen Netzwerken von konstanter und teilweise sehr intensiver Aktivität der betreffenden reichsbürgerlichen Gruppe.



Abb. 3: Treffen einer regionalen Gruppe des ‚Vaterländischen Hilfsdienstes‘ (Quelle: URL 22)

⁶ Dies zeigt, dass die Aktivitäten der Reichsbürger-Gruppe deutlich über das vom Bundesamt für Verfassungsschutz für „Bismarcks Erben“ angegebene Gründungsjahr 2018 zurückgehen.

⁷ Auch unter <http://bundeszeughaus.net>.

5. Analyse der Broschüre ‚Vaterländischer Hilfsdienst‘

5.1. Textsorteneigenschaften

Angesichts der schier unübersehbaren Vielzahl an Quellen erscheint es für eine inhaltlich orientierte Analyse sinnvoll, zunächst eine weitere Fokussierung vorzunehmen, wobei darauf zu achten ist, dass es sich dabei um einen repräsentativen Ausschnitt handelt, der eine zentrale Rolle im Auftreten der betreffenden Reichsbürger-Gruppe spielt. Dies trifft eindeutig für die Informationsbroschüre zum ‚Vaterländischen Hilfsdienst‘ zu. Denn zum einen verweisen die o.g. Internet-Domänen immer wieder auf diesen Vaterländischen Hilfsdienst und fordern dazu auf, sich in diesem zu engagieren, zum anderen sind in dieser 64-seitigen Broschüre alle wesentlichen Inhalte der Domäne www.hilfsdienst.net zusammengestellt. Die Broschüre ist im hochwertigen Farbdruck im Format A5 beziehbar, steht aber auch im Internet als pdf-Datei zur Verfügung. Mit Blick auf die statistische Auswertung der Lexik liegt damit der Inhalt der auf den betreffenden Internet-Seiten zu findenden Ausführungen in einer Datei vor.

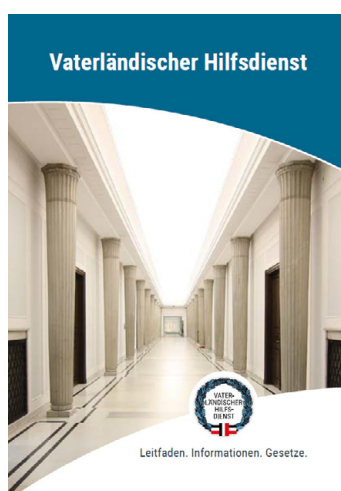


Abb. 4: Titelseite der Broschüre ‚Vaterländischer Hilfsdienst‘
(Quelle: URL 23)

Zunächst sei jedoch der Inhalt der Broschüre kurz skizziert:

Die Urheber behaupten eine Handlungsunfähigkeit des deutschen Staates mangels verfassungsmäßiger Organe seit 1918, womit unausgesprochen die Abdankung Wilhelms II. am 9.11.1918 und nicht die Kapitulation Deutschlands gemeint ist. Diese Kapitulation wird implizit negiert, so dass ein andauernder Kriegs- und Belagerungszustand behauptet wird (vgl. Ewiger Bund 2021:6). Zur Verteidigung in dem behaupteten Kriegs- und Belagerungszustand wird auf den Hilfsdienst verwiesen:

„Der vaterländische Hilfsdienst wurde per Gesetz am 5. Dezember 1916 als zivile Institution gesetzlich eingerichtet. Mit der Hilfsdienstpflicht wurde eine zivile Ergänzung zur Wehrpflicht geschaffen. Alle deutschen Männer zwischen 17 und 59 Jahren sind für die Dauer des Krieges zum Hilfsdienst unter der Leitung des Kriegsammtes und damit unter dem Oberbefehl des deutschen Kaisers verpflichtet.“ (Ewiger Bund 2021:62)

Derartige geschichtsrevisionistische Mythen, insbesondere die Behauptung einer Fortexistenz des Deutschen Reiches, gehören zum ideologischen Wesenskern der Reichsbürgerbewegung (vgl. Hüllen/Homburg/Krüger 2015:20). Bemerkenswert ist hier aber, dass die gesamte Geschichte seit 1918, und zwar einschließlich des Dritten Reiches und der Ereignisse und Folgen des Zweiten Weltkriegs,

komplett ausgeblendet wird, mutmaßlich um das Narrativ eines Fortbestandes des Deutschen (Kaiser-)Reiches aufrecht erhalten zu können. Damit unterscheidet sich der Ansatz dieser Reichsbürgergruppe von einem großen Teil der Szene, der in der Regel darauf referiert, dass das Deutsche Reich nach 1945 nicht untergegangen sei.

Ziel der Broschüre ist es nun, einerseits näher über diesen Hilfsdienst und dessen organisatorische Struktur zu informieren und zugleich für die Meldung zu diesem aufzufordern. Gemäß der ursprünglich auf John Searle zurückgehenden Taxonomie von Sprechaktmustern ist der Text dieser Broschüre damit primär repräsentativ (informierend) und sekundär direktiv. Vor allem ist der Text auch thetisch und monologisch, es werden also keine offenen Fragen diskutiert oder evtl. Einwände erörtert. Vielmehr werden alle Aussagen so dargestellt, als ob es sich um unumstößliche Tatsachen handle. Hierfür spielen die zahlreichen Quellenbelege und Gesetzeszitate eine maßgebliche Rolle. Die Darstellung ist sachlich und gewinnt durch die Fußnoten und angeführten Belege sowie den Anhang mit Gesetzestexten einen offiziellen Charakter, der zudem den Eindruck einer wissenschaftlichen Fundierung erweckt. Die informierende Zielsetzung des Textes wird sowohl im Vorwort (vgl. Ewiger Bund 2021:3) als auch innerhalb der Ausführungen expliziert: *Wir informieren Dich* (Ewiger Bund 2021:21).

Auch die Aufmachung der Broschüre, so beispielsweise das seriös und sachlich wirkende Titelbild und Layout (vgl. Abb. 4), die klare Gliederung (durchnummerierte Kapitel) und die Integration von Tabellen und Schaubildern verleihen der Publikation einen sachlich-informativen Charakter. Auf Grund der formalen und inhaltlichen Merkmale lässt sich die Textsorte als Informationsschrift identifizieren.

Nur sehr untergeordnet, nämlich meist indirekt, besitzt der Text auch eine Appellfunktion (mit dem Ziel, für den Eintritt in den Vaterländischen Hilfsdienst zu werben): Handlungsaufrufe wie *Packen wir es an! Es liegt an den Deutschen selbst!* (Ewiger Bund 2021:15) finden sich nur vereinzelt, und lediglich im Vorwort gibt es den (eher indirekt formulierten) Appell, dem Vaterländischen Hilfsdienst beizutreten, so dass der informative Charakter die persuasiven Elemente deutlich überlagert. Doch implizit kann die Broschüre durchaus als Werbung für den VHD und die hier vertretene reichsbürgerliche Ideologie und Argumentation verstanden werden.

5.2. Zur Kriegsllexik

Vor dem inhaltlichen Hintergrund des behaupteten fortdauernden Kriegszustandes soll nun die Lexik im Hinblick auf das Thema „Krieg“ näher untersucht werden. Hierbei gilt es zunächst, eine praktische Schwierigkeit zu überwinden. Ein Spezifikum der Texte erschwert nämlich eine automatisierte lexikalische Auswertung: Denn es werden – ebenso wie auch auf den Internetseiten – in der Broschüre sehr umfangreiche Gesetzestexte wiedergegeben. Überdies werden Teile von Gesetzestexten immer wieder in den übrigen Text eingebaut. Eine automatisierte Auswertung der Lexik könnte vor diesem Hintergrund keine validen Informationen über die von Urhebern der Broschüre selbst verfassten Texte liefern. Deshalb muss die automatisierte statistische Auswertung nachträglich händisch validiert, d.h. um Gesetzeszitate bereinigt werden.

Der in der Broschüre propagierte Vaterländische Hilfsdienst ist eindeutig eine Organisation, die ihre Existenz dem postulierten Kriegszustand verdankt. Betrachtet man die Lexik im Hinblick auf Wortgut, das hiermit im Zusammenhang steht, so zeigt sich folgender Befund: Zu *Krieg* finden sich im gesamten Text insgesamt 16 Wortbildungen (14 Substantive und zwei Adjektive), und zwar jeweils in den Bestimmungswörtern von Determinativkomposita (in alphabetischer Reihenfolge):

Kriegsamt, Kriegsamtnebenstellen, Kriegsamtstellen, Kriegsausschuss, Kriegsbereitschaft, Kriegsgefahr, Kriegsgericht, Kriegsgüter, Kriegsindustrie, Kriegsleistungsgesetz, Kriegsministerium, Kriegsparteien, kriegsrechtlich, kriegswirtschaftlich, Kriegszeiten, Kriegszustand.

Von diesen Lexemen kommt *Kriegszustand* mit 23 Belegen am häufigsten im Text vor, danach folgen *Kriegsamt* mit 18 und *Kriegsgericht* mit 10 Vorkommen. Die Kookkurrenzen der Kriegsllexik (Auswahl) werden in der nachfolgend abgebildeten Wortwolke illustriert.

(*Information*) mit stark direktiver Komponente (*Leitfaden*, d.i. im Sinne von Handlungsanweisung). Auch die Dominanz pseudolegalistischer und pseudo-juristischer Argumentation, die vielen Reichsbürger-Texten eigen ist (vgl. z.B. Rathje 2014:12, Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt 2018:24ff.), ist in der Liste der häufigsten Vollwörter erkennbar (*Gesetz*).

Als spezifisch für reichsbürgerliche Texte erweist sich das frequente Vorkommen des Lexems *Reich* aus, das für Texte anderer politischer Richtungen/Bewegungen (ausgenommen mancher Strömungen im rezenten Rechtsextremismus) heute völlig untypisch und unüblich ist.

Die argumentative Ausgangskonstruktion, die den Ausführungen in der Broschüre über den Vaterländischen Hilfsdienst zugrunde liegt, ist die Behauptung eines fortdauernden Kriegs- und Belagerungszustandes. Dies spiegelt die obige Liste der häufigsten Vollwörter eindrucksvoll wider. Daneben finden sich im Text mit geringerer Vorkommenshäufigkeit zahlreiche weitere militärbezogene Begriffe (z.B. *Militärbefehlshaber*, *Militärbehörde*, *Militärperson*).

Argumentiert wird vor dem Hintergrund der konstruierten Ausnahmesituation (Kriegs- und Belagerungszustand), dass die Grundrechte außer Kraft gesetzt seien, wie z.B. *Freiheit der Person*, *Unverletzlichkeit der Wohnung*, *Meinungsfreiheit* (Ewiger Bund 2021:6). Damit ergibt sich unmittelbar eine Bedrohungssituation.

Dieses Bedrohungsszenario ließe naheliegenderweise Sprachhandlungen des Typs WARNEN erwarten, womöglich noch verbunden mit einer emotionalen Komponente. Doch die lexikalische Analyse des Textes erbringt keinen einzigen Beleg für Lexeme aus dem Wortfeld von *warnen* (*alarmieren*, *aufmerksam machen*, *mahnen* etc.).

Vielmehr fokussieren die Verfasser der Broschüre auf *die völkerrechtlich notwendige Reorganisation des Kaiserreiches* (Ewiger Bund 2021:3) und den *Neuaufbau der Verwaltung des Deutschen Reichs zur Wiederherstellung der staatlichen Handlungsfähigkeit* (Ewiger Bund 2021:7). Aus der Bedrohung wird also die Notwendigkeit zu organisatorischen und administrativen Maßnahmen abgeleitet, um Recht und Ordnung wieder zu gewährleisten. Die präsentierte Lösung ist also weniger politischer als vielmehr technokratischer Natur, jedenfalls wird sie so dargestellt. Dementsprechend geprägt ist der Text durch einen offziösen, stark verwaltungssprachlichen, z.T. auch juristisch orientierten Stil. Dies ist bereits bei den oben angeführten Komposita zu *Krieg* (z.B. *Kriegsamt*, *Kriegsamtnebenstellen*, *Kriegsamtstellen*, *Kriegsausschuss*, *Kriegsleistungsgesetz* u.a.) deutlich erkennbar, lässt sich im Text aber auch durch zahlreiche weitere Lexik gut belegen (z.B. *Meldestelle*, *Verwaltungsbezirke*, *Armeekorpsbezirke*, *Weisungsbefugnis* usw.).

Insgesamt bedeutet dieser Befund, dass das Bedrohungsszenario Kriegs- und Belagerungszustand als Folie für eine legalistische, administrative Argumentation dient. Die Rolle der reichsbürgerlichen Organisation basiert hierauf: *Der Hilfsdienst ist ein legitimes Mittel zur Ausübung der Staatsgewalt und damit zivile Ordnungsmacht im Kriegszustand*, (Ewiger Bund 2021:8) d.h. Ziel der Argumentation ist die – aus reichsbürgerlicher Sicht somit zwingend belegte – Legitimität der reichsbürgerlichen Organisation ‚Vaterländischer Hilfsdienst‘ als Exekutive für Deutschland.

5.3. Formale Eigenschaften

Gestützt wird diese Argumentation auch noch durch die bereits erwähnte formale Gestaltung des Textes: Dieser ist nicht nur klar gegliedert, sondern erweckt durch die Nutzung zahlreicher Quellenangaben – in der Regel als Endnoten den einzelnen Kapiteln beigegeben – den Anschein von Wissenschaftlichkeit. In den Text integriert sind Grafiken, Flussdiagramme und Zeitstrahle zur anschaulichen Erläuterung der Ausführungen. Alle diese grafischen Elemente dienen dazu, einerseits die logische Struktur der Argumentation herauszuheben und sie damit als zwingend darzustellen, andererseits zugleich die Größe, Bedeutung und militärische Organisiertheit der verantwortlichen reichsbürgerlichen Gruppe und ihrer Aktivitäten zu suggerieren. Die Faktizität der Ausführungen wird ferner durch den Hinweis auf ergänzende Materialien unter der Überschrift *Wissen in Bild und Ton* betont.

Auch wenn das Layout der Broschüre auf den ersten Blick einen modernen, zeitgemäßen Eindruck vermittelt, so finden sich doch bei genauerer Betrachtung einige archaisierende Elemente. So

ist der Text durchweg in alter Rechtschreibung verfasst.⁹ Ferner werden Porträts (u.a. von Friedrich dem Großen und Wilhelm II.) in Medaillonform oder als Schattenriss abgebildet, schließlich finden sich historische Embleme und Reproduktionen historischer Texte (in Fraktur). So wird auch auf formaler Ebene eine Brücke zwischen der Gegenwart und der Vergangenheit, an die es anzuknüpfen gilt (Deutsches (Kaiser-)Reich), geschlagen.

5.4. Zitate

Dass die im Text zitierten Belegstellen, vor allem die gesetzlichen Grundlagen, auf die Bezug genommen wird, überwiegend aus dem Kaiserreich stammen und damit mehr als ein Jahrhundert alt sind, wird im Text klar kommuniziert. Dass diesen Belegen und den angeführten gesetzlichen Grundlagen heute fast ausnahmslos keine Gültigkeit mehr zukommt, wird hingegen ignoriert, vielmehr wird ganz im Sinne der These einer Fortexistenz des Deutschen Reiches implizit deren fort-dauernde Geltung suggeriert.

5.5. Diskursebene

Abschließend seien noch kurz die Diskurse betrachtet, in die die Ausführungen des Broschürentextes eingebettet sind. Wie bereits die oben erzielten Befunde nahelegen, gibt es in der Broschüre zwei Diskurse, die für die Darstellung und Argumentation von entscheidender Bedeutung sind: Dies ist zum einen die Fortexistenz des Deutschen Reiches (= Kaiserreiches) und zum anderen die Fortdauer des Kriegszustandes. Beides sind Behauptungen, aus denen sich klare Konsequenzen ergeben, die natürlich Teil der betreffenden Diskurse sind und zugleich das Fundament der Argumentation in der Broschüre darstellen.

Aus der behaupteten Fortexistenz des Kaiserreiches resultiert die Illegitimität der derzeitigen Staatlichkeit, d.h. der Bundesrepublik Deutschland. Dementsprechend ist es konsequent, dass der Bundesrepublik keinerlei Aufmerksamkeit geschenkt wird, lediglich in zwei Fußnoten finden sich Referenzen auf *sog. Bundesbürger* und die *sog. Bundesregierung* (Ewiger Bund 2021:9), wobei mit der Qualifizierung als *sogenannt* deutlich gemacht wird, dass es sich aus Sicht der Verfasser um eine irreführende Bezeichnung handele. Dieser Reichsdiskurs, der im Broschürentext elaboriert wird (u.a. mit dem Hinweis auf Georg Friedrich von Preußen als legitimes Staatsoberhaupt,¹⁰ dem Verweis auf die vorübergehende Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches etc., Ewiger Bund 2021:6ff.), ist für die Reichsbürgerbewegung konstitutiv (vgl. Hüllen/Homburg/Krüger 2015:20ff.).

Die angebliche Fortdauer des Kriegszustandes impliziert die Bedrohung Deutschlands und der Deutschen, woraus wiederum die Notwendigkeit abgeleitet werden kann, sich gegen diese Gefahr zur Wehr zu setzen. Ob und wie dabei von reichsbürgerlicher Seite Gewalt eingesetzt werden solle, wird in der Broschüre jedoch – möglicherweise bewusst – offen gelassen.

Beide Diskurse werden in der Broschüre eng miteinander verknüpft, und zwar insbesondere durch die Schilderung des gegenwärtigen Zustandes des Deutschen Reiches als darben, bedroht und einer Rettung bedürftig. Deutlich wird dies in der Lexik, die in diesem Zusammenhang gebraucht wird, so u.a. *handlungsunfähig*, *illegal*, *verfassungswidrig*, *gewaltsamer Umsturz*, *Verlust der Handlungsfähigkeit*, *Stillstand* usf. Als Rettung und Lösung der verfahrenen Situation wird wiederum der Vaterländische Hilfsdienst präsentiert (Ewiger Bund 2021:6ff.). Insgesamt dienen also die Kriegsnarrative der Konstruktion einer prekären Lage des Staates (und damit auch der Gesellschaft) und als Begründung für die Existenz dieser reichsbürgerlichen Organisation. Letztlich erfolgt damit Identitätsstiftung über die Behauptung einer existenziellen Ausnahmesituation.

⁹ Allerdings ist der Text stilistisch weitgehend frei von archaisierenden Elementen. Lediglich die Anrede „an unsere deutschen Brüder und Schwestern“ und die Einleitung der Darstellung der Geschichte und Legitimation des Vaterländischen Hilfsdienstes, die mit „was wir geprüft und für wahr erkannt haben“ beginnt, erscheinen pathetisch-archaisch, ggf. mit einem religiösen Anklang (Ewiger Bund 2021:6).

¹⁰ Diese Vereinnahmung erfolgt ohne explizite Zustimmung.

6. Analyse der zugehörigen Internetseiten

Gleicht man die im Zusammenhang mit der o.g. Broschüre erzielten Befunde mit Gestaltung, Inhalten und sprachlichen Spezifika der zugehörigen bzw. verbundenen Internetseiten (Vaterländischer Hilfsdienst, Bismarcks Erben, Preußenjournal, Ewiger Bund, VHD1, Bundeszeughaus) ab, so lassen sich hier – naheliegenderweise – in vielen Bereichen Übereinstimmungen erkennen.¹¹ Auch die genannten Internetseiten sind professionell und modern gestaltet. Allerdings werden die inhaltlichen Schwerpunkte anders gesetzt. Dies wird bereits deutlich, wenn man das Vorkommen der oben betrachteten Lexik untersucht.¹²

Betrachtet man beispielsweise die Domäne www.hilfsdienst.net, so besitzt diese 80 Unterseiten (Stand 14.3.2022). Das in der Broschüre des Vaterländischen Hilfsdienstes als hoch frequent identifizierte Lexem *Gesetz* findet sich auf 12 (d.h. auf 15 %) dieser Unterseiten. Wesentlich stärker präsent ist allerdings das Lexem *Kriegszustand*, das sich auf 25 und damit auf mehr als 30 % aller Unterseiten nachweisbar ist. Noch häufiger wird die Fortexistenz des Deutschen Reiches thematisiert, nämlich auf 32 Unterseiten (d.i. auf 40 % der Gesamtzahl).

Dennoch erscheinen diese Zahlen zunächst niedrig, betreffen doch die genannten Lexeme den inhaltlichen Markenkern der Organisation. Berücksichtigt man aber, dass allein 38 Unterseiten Bilder von Treffen der regionalen Unterorganisationen (im Wortlaut „Armeekorpsbezirke“) mit wenigen Zeilen Text enthalten sowie weitere acht Unterseiten Organisatorischem (Kontaktmöglichkeiten, Formulare, Seitenübersicht, Hinweise zum fehlenden Impressum etc.) gewidmet sind, so kann man festhalten, dass die Themen Fortexistenz des Deutschen Reiches und Fortdauer des Kriegszustandes auf nahezu allen bzw. auf einem Großteil der Unterseiten mit ausführlicherem Inhalt vorhanden sind. Bemerkenswert ist dabei, dass der Inhalt vieler Seiten redundant ist.

Auch wenn auf den Informationsseiten (unter dem Menüpunkt „Grundlagen“) dieselben Inhalte wie in der Broschüre vermittelt werden, und zwar häufig sogar mit identischem Wortlaut, ist doch die Strukturierung der Informationen formal anders gestaltet, nämlich vielfach in Frage-Antwort-Form. So werden auf der Seite über die Grundlagen des Hilfsdienstes u.a. folgende Fragen gestellt und beantwortet:

- „Was ist der vaterländische Hilfsdienst?“
 - „Was kann der vaterländische Hilfsdienst leisten?“
 - „Wer ist zum Hilfsdienst verpflichtet?“
 - „Was bedeutet eigentlich Pflicht?“
 - „Wo kann ich meiner Pflicht nachkommen und mich melden?“
- (URL 24)

Darüber hinaus werden als Ergänzung und zum Beleg der Ausführungen weitere Materialien und Dokumente zum Herunterladen angeboten sowie Hinweise auf die Seiten <https://bismarckserben.org> und <https://www.ewigerbund.org/> (inkl. direkter Link) gegeben. Vor allem aber wird die appellative Komponente auf der Internetseite – anders als in der Broschüre, in der dies nur am Rande erfolgt – deutlich akzentuiert, indem auf allen Seiten aufgefordert wird, sich zum Vaterländischen Hilfsdienst zu melden (*Jetzt freiwillig zum VHD melden!* bzw. *Jetzt melden und sichern!*). Durch eine Verlinkung mit einem Meldeformular (vgl. URL 25), aber auch mit der Angabe von alternativen Meldemöglichkeiten (Post, E-Mail, Telefon) wird Interessierten sofort die Möglichkeit zur Registrierung gegeben. Die Seiten können daher zumindest partiell auch als Appelltexte gewertet werden.

Die verbundenen Seiten <https://bismarckserben.org>, <https://preussenjournal.net> und <https://www.ewigerbund.org/> weisen zahlreiche formale Parallelen mit der Domäne www.hilfsdienst.net auf. Dazu gehört u.a., dass auch hier z.T. eine Gestaltung in Frage-Antwort-Form zu finden ist. Layout und Struktur der vier Domänen sind ebenfalls ähnlich, möglicherweise sogar mit demselben Programm gestaltet.

¹¹ Dies gilt sowohl mit Blick auf das Verhältnis von Broschüre zur Domäne www.hilfsdienst.net als auch hinsichtlich der Seiten untereinander. Die betreffenden Organisationen besitzen klare personelle Verbindungen (vgl. Ewiger Bund 2021:18).

¹² Verwendet wurde dabei der Google-Suchbefehl *site*.

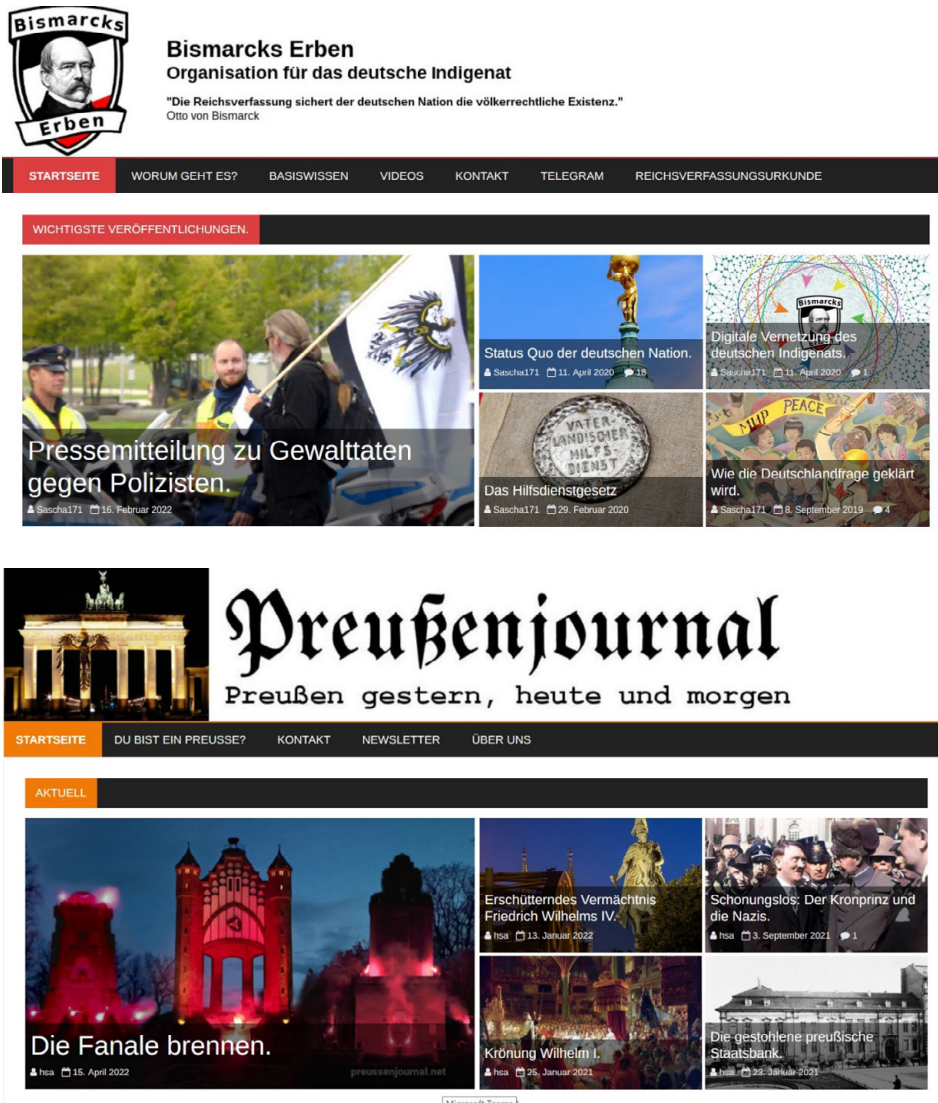


Abb. 6: Gegenüberstellung der Startseiten der Domänen ‚Bismarcks Erben‘ und ‚Preußenjournal‘ (Stand 28.4.2022)
(Quellen: URL 1, URL 8)

Darüber hinaus wird auf den Seiten von ‚Bismarcks Erben‘, ‚Preußenjournal‘ und ‚Ewiger Bund‘ (teilweise auch in den Kommentaren) wiederholt auf die Domäne www.hilfsdienst.net verwiesen. Bisweilen sind Menüpunkte direkt mit dieser Domäne verknüpft. Offenkundig gehen alle vier Domänen auf denselben/dieselben Urheber zurück.

Betrachtet man schließlich noch die Diskurse, die in den Texten der betreffenden Internetseiten zu finden sind, so zeigt sich, dass auch hier neben dem Diskurs um die Fortexistenz des Deutschen Reiches (in concreto in Form des Deutschen Kaiserreiches von 1918) vor allem auch der damit verbundene Diskurs um die Fortdauer des Kriegszustandes im Fokus steht. Letzterer wird aber vor allem auf www.hilfsdienst.net gepflegt, während sich die beiden Domänen www.bismarckerben.org und www.ewigerbund.org vor allem mit der Fortexistenz des Deutschen Reiches und die Texte auf preussenjournal.net mit dem Weiterbestehen des Königreichs Preußen befassen. Dies erfolgt

auch hier vorwiegend mit pseudojuristischen Argumentationen, die sich häufig durch besonders pathetische Darstellung (speziell durch Bezugnahme auf das Verfassungs- und Völkerrecht) auszeichnen (vgl. z.B. URL 2). Verstärkt wird die pathetische Ausgestaltung noch durch die Bebilderung, die vielfach heroisierende Gemälde oder nationale Denkmäler (Siegessäule, Kyffhäuser-Denkmal, Niederwald-Denkmal, Reichstag etc.) zeigt (vgl. z.B. URL 3).

Bemerkenswert ist allerdings, dass trotz der zentralen Bedeutung, die das Kriegsnarrativ für die Argumentation besitzt, ein Element fehlt, das ansonsten in Reichsbürgerkreisen häufig vorkommt, nämlich die Referenz auf die aus dem Kriegszustand resultierende Gültigkeit der Haager Landkriegsordnung (vgl. dazu z.B. Wetzel 2015:38f.). Dieser Aspekt wird auf den Seiten nicht eingehend thematisiert, sondern lediglich am Rande erwähnt (vgl. URL 15). Der Grund für diesen Befund kann darin vermutet werden, dass das Kriegsnarrativ für die hier betrachteten Reichsbürger-Gruppen vor allem als Hintergrund für die Werbung für den Vaterländischen Hilfsdienst fungieren soll, während konkrete Gewaltdiskurse keine signifikante Rolle spielen.

7. Exkurs: Inkonsistenzen und Brüche

Bei genauerer Betrachtung der Broschüre sowie der oben angeführten Internetseiten zeigen sich auf verschiedenen Ebenen Inkonsistenzen und Brüche, von denen hier einige erwähnt werden sollen:

1. Die Broschüre über den Vaterländischen Hilfsdienst vermittelt sowohl in formaler Hinsicht (Layout, Strukturierung, Bebilderung) als auch sprachlich-stilistisch einen sehr offiziellen Eindruck, und zwar nicht zuletzt durch den stark juristisch-administrativ geprägten Duktus.

Im deutlichen Kontrast dazu stehen Teile der Ausführungen zur „Geschichte der Wiedererweckung des VHD“ (Ewiger Bund 2021: 16–18, URL 27). Diese sind nämlich stilistisch in einer Mischung aus offizieller und informeller Sprache gestaltet: Neben der Verwendung der saloppen Kurzwortbildung *VHD-Orga* (für Aufbau-Organisation des Vaterländischen Hilfsdienstes) kann auch die Verwendung allein der Vornamen von drei maßgeblichen Akteuren: *Sascha*, *Andreas*, *Enrico* als informell gewertet werden. Als Rezipient hätte man hier volle Namensangaben, abgekürzte Nachnamen oder Pseudonyme erwartet. Ob mit der Angabe gerade dieser Vornamen in Relation zum übrigen Anspruch der Broschüre hinreichende Seriosität vermittelt wird, darf bezweifelt werden.

Abb. 7: Proklamation des Machtanspruches
(Quelle: Ewiger Bund 2021: 16)

2. Auf die betreffende Person namens Sascha gehen alle vier untersuchten Domänen und



die hinter ihnen stehenden Gruppen zurück (Vaterländischer Hilfsdienst, Bismarcks Erben, Ewiger Bund, Preußenjournal).¹³ Dem steht eine andere Außendarstellung sowohl in der Broschüre als auch auf den Internet-Seiten gegenüber: In der Broschüre des Vater-

¹³ So wird er jedenfalls in der Broschüre des Vaterländischen Hilfsdienstes als Gründer all dieser Organisationen explizit bezeichnet (Vgl. Ewiger Bund 2021:16).

ländischen Hilfsdienstes wird eine sehr komplexe Struktur beschrieben (Direktorium, Armeekorpsbezirke, Meldestellennetz usw.), die die Organisation betreibe, wodurch eine breite personelle Basis nahegelegt wird. Dies suggerieren auch die zahlreichen Fotos von regelmäßigen regionalen Armeekorpsstreffen, die auf der Internetseite zu finden sind (vgl. exemplarisch Abb. 3). Ähnliches gilt auch für die Domänen www.ewigerbund.org, preussenjournal.net und www.bismarckserben.org, (vgl. Abb. 8). In deutlichem Kontrast dazu steht aber die Tatsache, dass alle Beiträge auf www.bismarckserben.org mit der Autorenangabe *Sascha171* gekennzeichnet sind (Stand 30.3.2022) und daher wohl auf einen einzigen Autor zurückgehen, der mutmaßlich identisch ist mit dem Urheber der Gruppierungen. Auch auf preussenjournal.net ist bei allen redaktionellen Beiträgen ein einziges Autorenkürzel angegeben, nämlich *hsa*. Die Zusammenstellung aller Beiträge dieses Autors findet sich auf einer Unterseite mit der Adresse <https://preussenjournal.net/author/sascha171/>, so dass von einer Identität der Autoren *Sascha171* bei ‚Bismarcks Erben‘ und *hsa* bei ‚Preußenjournal‘ ausgegangen werden kann.

Auf www.ewigerbund.org kommen zwar neun Unterstützer (darunter ein Kind) mit Videobotschaften zu Wort (Stand 30.3.2022), doch auch hier sind alle Beiträge (weitere Videos, Informationsmaterialien etc.) von einer Person mit dem Pseudonym *Deutscher* eingestellt worden. Es ist also auch hier wohl lediglich eine Person aktiv – wobei die Vermutung nahe liegt, dass es sich um dieselbe handelt wie auf den beiden anderen Internetdomänen.¹⁴

Es kann also eine deutliche Diskrepanz konstatiert werden zwischen selbst proklamierter Größe der Gruppe/des Unterstützerkreises und der nachweislichen Aktivität. Es kann hier im Wesentlichen von einem „1-Mann-Unternehmen“ gesprochen werden, das hinter den scheinbar umfangreichen Gruppen steht.

Aus der Tatsache, dass de facto alle (oder fast alle) Texte auf den o.g. Internet-Domänen auf einen einzigen Urheber zurückgehen, erschließen sich damit auch die weitgehenden und offenkundigen Kongruenzen in inhaltlicher, sprachlicher und formaler Hinsicht der betreffenden Internet-Auftritte.

Nebenbei sei bemerkt, dass vor diesem Hintergrund Einschätzungen zur Relevanz und Größe der Gruppe zu hinterfragen sind. So beschäftigt sich das Bundesamt für Verfassungsschutz auf seinen Internetseiten mit der Gruppe unter dem assertiven Titel ‚*Bismarcks Erben*‘ – *Eine schnell wachsende Reichsbürger-Gruppierung*, ohne für die Größe der Gruppe und deren Entwicklung konkrete Zahlen vorzulegen (vgl. URL 30). Das antifaschistische Portal ‚Endstation Rechts‘ behauptet über den Vaterländischen Hilfsdienst sogar: „Hunderte Reichsbürger haben sich zusammengeschlossen, um das Deutsche Kaiserreich neu aufzubauen.“ (URL 16) Die intensive Textproduktion im Internet lässt zwar auf den ersten Blick solche Behauptungen plausibel erscheinen, bei genauerer Betrachtung gehen aber sämtliche Quellen auf einen oder einige wenige Urheber zurück. Insofern scheint die Suggestion von Relevanz und Größe, die auf den betreffenden Domänen betrieben wird, durchaus erfolgreich zu sein.

¹⁴ Selbst auf dem Nachrichtenkanal vhd1.hilfsdienst.net finden sich insgesamt nur drei verschiedene Autorenkürzel, so dass auch hier nur eine äußerst begrenzte Zahl an Personen aktiv ist.

Wer sind Wir? Die Gesichter des Ewigen Bundes.



Abb. 8: Unterstützer der Organisation ‚Ewiger Bund‘
(Quelle: URL 18)

3. Die Gruppierungen berufen sich – wie andere Reichsbürger vielfach auch – auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1973 (vgl. Ewiger Bund 2021:9, www.ewigerbund.org), das im Zusammenhang mit der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR erging. Darin führt das Gericht aus:

Es wird daran festgehalten (vgl zB BVerfG, 1956-08-17, 1 BvB 2/51, BVerfGE 5, 85 <126>), daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die Alliierten noch später untergegangen ist; es besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation nicht handlungsfähig. Die BRD ist nicht ‚Rechtsnachfolger‘ des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat ‚Deutsches Reich‘, – in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings ‚teilidentisch‘. (2 BvF 1/73)

Die hierin konstatierte Handlungsunfähigkeit des Deutschen Reiches ist Kern der Argumentation beim ‚Vaterländischen Hilfsdienst‘, ‚Ewiger Bund‘ sowie bei ‚Bismarcks Erben‘.¹⁵ Allerdings referieren sie alle auf den Status des Deutschen Reiches von 1918 (vor der Revolution = Kaiserreich). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes bezieht sich jedoch auf das Deutsche Reich von 1945 (Republik). Die Periode nach 1918 wird von den o.g. Organisationen jedoch gänzlich ignoriert. Die Handlungsunfähigkeit des deutschen Staates wird vielmehr auf die Ereignisse der Novemberrevolution 1918 zurückgeführt. Insofern werden hier vermeintliche Belege umgedeutet bzw. mit einem objektiv falschen Bezug ausgestattet.

4. Trotz aller Kriegs- und Militärlexik wird auf den Internetseiten sowie in der untersuchten Broschüre nirgends ein konkreter Beleg für eine derzeitige Kriegssituation bzw. eine

¹⁵ Analog wird – bezogen auf Preußen – im ‚Preußenjournal‘ argumentiert (vgl. URL 9).

Bedrohungslage (Belagerungszustand) gegeben. Die Argumentationen sind sämtlich formaljuristischer Art, ohne dass ein Bezug zur gegenwärtigen Wirklichkeit gegeben wird. Vor diesem Hintergrund erscheint das gesamte Argumentationsgebäude, das im Wesentlichen auf der Fortdauer des Kriegs- und Belagerungszustandes beruht, gänzlich unplausibel.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Inkonsistenzen inhaltlicher Natur. Die Auseinandersetzung hiermit würde aber den Rahmen dieses Beitrages sprengen.

8. Fazit und Bewertung

Die hier untersuchte reichsbürgerliche Publikation sowie die verbundenen Internet-Domänen argumentieren, dass das Deutsche Reich von 1918 (Kaiserreich) heute noch fortbestehe und lediglich handlungsunfähig sei und der Kriegszustand des 1. Weltkrieges noch weiter gelte. Daher sei es notwendig, geeignete Maßnahmen zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches zu treffen, um damit auch den Kriegszustand beenden zu können. Aus dieser auf den Kriegszustand fokussierten Argumentation wird u.a. die Notwendigkeit zur geeigneten Organisation abgeleitet, und zwar in Form des Vaterländischen Hilfsdienstes. Während in der Broschüre (auf Grund der Textsorte Informationsschrift) repräsentative Sprechakte dominieren und das direktive Element (Aufforderung zur Meldung beim Hilfsdienst) eher am Rande vorkommt, weisen die Internetseiten eine deutlich stärkere Mischung an informativen und appellativen Bestandteilen auf, wobei auf die Mitgliederwerbung für den Vaterländischen Hilfsdienst fokussiert wird.

Zwar spielt Lexik mit Bezug zu Krieg und Militär in allen untersuchten Texten eine wichtige, wenn nicht gar prägende Rolle, doch eindeutige Aufrufe zu Gewalt oder zur konkreten Bewaffnung sind in den Texten nicht nachweisbar. Im Unterschied zu vielen reichsbürgerlichen Texten, in denen politischen Gegnern, aber auch Behördenmitarbeitern gegenüber Todesdrohungen ausgesprochen, Todesurteile zugestellt oder andere Gewaltmaßnahmen angedroht werden,¹⁶ (vgl. Rathje 2014:21, Schuppener 2019) spielen also auf den untersuchten Seiten Gewaltbotschaften und Formulierung von Aggression gegenüber der Bundesrepublik Deutschland und ihren Repräsentanten keine nennenswerte Rolle, selbst wenn man deren Legitimation leugnet. Im Einzelfall wird die Anwendung von Gewalt sogar explizit abgelehnt (vgl. URL 4).

Der Gegenentwurf zum derzeitigen Zustand des deutschen Staates wird primär juristisch begründet und entwickelt. Dabei wird die Geschichte seit 1918 weitgehend ausgeblendet, und auch eine Auseinandersetzung mit der Staatlichkeit der Bundesrepublik Deutschland erfolgt nicht oder nur implizit über die Argumentation der Fortdauer des Deutschen Reiches.

Abschließend kann gefragt werden, wie die Kriegsnarrative und insbesondere die Behauptung eines weiter gültigen Kriegs- und Belagerungszustandes sowie der Aufruf zur Organisation im Vaterländischen Hilfsdienst zu werten sind.

Durch die ständigen Hinweise auf einen fortwährenden Kriegszustand und die damit verbundenen Bedrohungsdiskurse wird den Rezipienten eine Notstandslage suggeriert und damit eine Notwendigkeit zum Handeln. Ob diese Vermittlung eines Krisenzustandes tatsächlich plausibel und überzeugend ist und auf dieser Grundlage der Wirkungsmechanismus „Krise erfordert Handeln der Rezipienten“ (= Engagement in der reichsbürgerlichen Organisation ‚Vaterländischer Hilfsdienst‘) funktioniert, sei dahingestellt. Wie die auf den Internetseiten dokumentierten Treffen und die Unterstützer-Videos belegen, gibt es über die personell offenbar recht begrenzte Anzahl der Organisatoren jedenfalls ein gewisses Potenzial an Sympathisanten.

¹⁶ Nicht nur Gewaltlexik, wie z.B. *drangsalieren, Kampf, kämpfen, Notwehr, sich wehren, Todesstrafe, verfolgen*, ist in zahlreichen Texten aus der Szene nachweisbar, sondern auch konkrete Drohungen, dass z.B. „alle raum-, wesens- und kulturfremden Ausländer in Deutschland, insbesondere [...] Türken, Muslime und Negroide (Schwarze u. Halbschwarze)“, sollten sie Deutschland nicht schnellstmöglich verlassen, standrechtlich erschossen würden (vgl. Rathje 2014:21, Schuppener 2019).

Ein möglicher Faktor, der zur Attraktivität des Vaterländischen Hilfsdienstes und seines Umfeldes beiträgt, ist der pseudo-militärische Anstrich, mit dem sich die Organisation versieht.

Selbst wenn der Vaterländische Hilfsdienst als „Ziviler Hilfsdienst“ bezeichnet wird, formuliert man zugleich aber auch einen Machtanspruch, indem die Organisation als „Ordnungsmacht“ qualifiziert und festgestellt wird: „Der Hilfsdienst ist ein legitimes Mittel zur Ausübung der Staatsgewalt“. (Ewiger Bund 2021:8) Insbesondere vermittelt die frequente militärische Lexik zusammen mit der Darstellung über die Organisation des Hilfsdienstes (u.a. die Untergliederung in *Armeekorps*) und der zugehörigen Meldebehörden den klaren Eindruck, es handle sich um eine militärische Organisation. Zudem wird – wie bereits erwähnt – als legitime Aufgabe des Hilfsdienstes quasi die Machtübernahme postuliert.

Dabei sei darauf hingewiesen, dass die Intention der Errichtung des Hilfsdienstes im so genannten Hindenburgprogramm eine gänzlich andere war, nämlich die Verpflichtung von Arbeitskräften für die Rüstungsindustrie:

Das „am 2. Dezember 1916 im Reichstag verabschiedete Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst [...] erklärte alle männlichen Deutschen zwischen dem 17. und 60. Lebensjahr (soweit sie nicht zur Armee eingezogen waren) für dienstpflchtig. Ihnen konnte ein Arbeitsplatz in einem Rüstungsbetrieb, notfalls auch zwangsweise, zugewiesen werden“ (Ullrich 1999:463).

Auch wenn der Wortlaut des Gesetzes in der Broschüre abgedruckt und ebenso auf den Internetseiten zu finden ist (vgl. URL 26), wird dessen Inhalt völlig umgedeutet.

Ziel aller Aktivitäten und Argumentationen, die sich sowohl in der Broschüre als auch auf den Internet-Seiten spiegeln, ist es offenkundig – ohne direkt zur Gründung einer bewaffneten Vereinigung aufzurufen – sich auf eine Organisationsform mit quasi-militärischem Anklang berufen zu können. Damit können entsprechendes Prestige, Offiziosität und zugleich Potenz suggeriert werden. Sieht man dies in Zusammenschau mit dem Bestreben, eine große Anhängerschaft/Beteiligung nachzuweisen (s.o.), so dient dies alles dem Motiv, eine größeres und mächtigeres Selbstbild zu schaffen. Es wird damit eine Relevanz vorgespiegelt, die weder auf sachlicher noch auf personeller Ebene gegeben ist. Die Kriegsnarrative dienen so lediglich als Folie für die Betonung der reichsbürgerlichen Selbstdarstellung.

Dieser Beitrag entstand im Rahmen des Projektes „Sprachliche Spezifika der Reichsbürgerbewegung“ („Jazyková specifika hnutí Říšských občanů“) an der Universität Jan Evangelista Purkyně in Ústí nad Labem (GAČR 22-00551S).

Literaturverzeichnis

- Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz [2017]: „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“: *Harmlose Spinner oder gefährliche Extremisten? Informationen zu „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“*. München.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin.
- CASPAR, Christa / NEUBAUER, Reinhard (2015): Durchs wilde Absurdistan: Was zu tun ist, wenn „Reichsbürger“ und öffentliche Verwaltung aufeinandertreffen. In: WILKING, Dirk (Hrsg.): „Reichsbürger“. *Ein Handbuch*. Potsdam, S. 93–171.
- CASPAR, Christa / NEUBAUER, Reinhard (2017): Reichsbürger contra öffentliche Verwaltung. In: SPEIT, Andreas (Hrsg.): *Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr*. Berlin, S. 78–98.

Primärliteratur:

Ewiger Bund (2021): *Vaterländischer Hilfsdienst. Leitfaden, Informationen, Gesetze*. [s.l.].

Sekundärliteratur:

HAASE, Anna-Maria (2018): „Reichsbürger und Selbstverwalter“ im Kontext politisch motivierter Gewalt in Sachsen. In: *Totalitarismus und Demokratie* 15, S. 47–71.

- HERWIG, Katharina (2018): *Der Umgang mit Reichsbürgern im öffentlichen Dienst in Bayern. Kontaktpunkte, Probleme und Handlungslücken*. München.
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (Hrsg.) (2019): *Verfassungsschutz in Hessen 2018*. Wiesbaden.
- HUESMANN, Felix (2021): Der QAnon-Boom. Der Erfolg der Verschwörungsideologie in Deutschland. In: KLEFFNER, Heike / MEISNER, Matthias (Hrsg.): *Fehlender Mindestabstand. Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde*. Freiburg; Basel; Wien, S. 109–116.
- HÜLLEN, Michael / HOMBURG, Heiko / KRÜGER, Yasemin Desiree (2015): „Reichsbürger“ zwischen zielgerichtetem Rechtsextremismus und Staatsverdrossenheit. In: WILKING, Dirk (Hrsg.): *„Reichsbürger“*. Ein Handbuch. Potsdam, S. 13–37.
- KEIL, Jan-Gerrit (2015): Zwischen Wahn und Rollenspiel – das Phänomen der „Reichsbürger“ aus psychologischer Sicht. In: WILKING, Dirk (Hrsg.): *„Reichsbürger“*. Ein Handbuch. Potsdam, S. 39–90.
- KEIL, Jan-Gerrit (2021): Zur Abgrenzung des Milieus der „Reichsbürger“ – Pathologisierung des Politischen und Politisierung des Pathologischen. In: *Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie* 15, S. 255–273.
- Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.) (2018): *„Reichsbürger“, „Reichsregierungen“ und „Selbstverwalter“*. Informationen und Handlungsempfehlungen zur „Reichsbürgerszene“. 2. Auflage. Magdeburg.
- NIEHR, Thomas (2014): *Einführung in die Politolinguistik. Gegenstände und Methoden*. Göttingen.
- RATHJE, Jan (2014): *„Wir sind wieder da“*. Die „Reichsbürger“: Überzeugungen, Gefahren und Handlungsstrategien. Berlin.
- RATHJE, Jan (2017): *Reichsbürger, Selbstverwalter und Souveränisten. Vom Wahn des bedrohten Deutschen*. Münster.
- RÖPKE, Andrea (2018): *Jahrbuch Rechte Gewalt. Hintergründe, Analysen und die Ereignisse 2017. Chronik des Hasses*. München.
- SCHÖNBERGER, Christoph / SCHÖNBERGER, Sophie (Hrsg.) (2020): *Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie*. Frankfurt am Main.
- SCHUPPENER, Georg (2018): Spezifika im Sprachgebrauch der so genannten Reichsbürger. In: *In der Sprache, über die Sprache, durch die Sprache*. Bd. 2. Veliko Tarnovo, S. 517–532.
- SCHUPPENER, Georg (2019): Gewalt-Lexik und Gewalt-Diskurse in reichsbürgerlichen Texten. In: *Linguistische Treffen in Wrocław* 15, S. 199–208.
- SPEIT, Andreas (Hrsg.) (2017): *Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr*. Berlin.
- SPEIT, Andreas (2017a): Reichsbürger – eine facettenreiche, gefährliche Bewegung. In: SPEIT, Andreas (Hrsg.): *Reichsbürger. Die unterschätzte Gefahr*. Berlin, S. 7–21.
- ULLRICH, Volker (1999): *Die nervöse Großmacht 1871–1918. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs*. Frankfurt am Main.
- WETZEL, Gerhard (2015): Zum praktischen Umgang mit der Reichsbürger-Bewegung – Aspekte der Strafbarkeit und Strafverfolgung. In: *Reichsbürger – Sonderlinge oder Teil der rechtsextremen Bewegung? Tagungsband zur Fachtagung am 8. Oktober 2014*. Magdeburg, S. 32–46.
- WILKING, Dirk (Hrsg.) (2015): *„Reichsbürger“*. Ein Handbuch. Potsdam.

Internetquellen:

URL 1: <https://bismarckserben.org> [4.5.2022]

URL 2: <https://bismarckserben.org/aktuelles/2018-09-11-klarstellung-voelkerrechtssubjekt-deutsches-reich/> [18.3.2022]

URL 3: <https://bismarckserben.org/aktuelles/2018-11-05-mythos-reichsbuerger-entlarvt/> [29.4.2022]

URL 4: <https://bismarckserben.org/aktuelles/2022-02-16-pressemittteilung-zu-gewalttaten-gegen-polizisten/> [30.3.2022]

URL 5: [https://de.wikisource.org/wiki/Verfassung_des_Deutschen_Reichs_\(1871\)](https://de.wikisource.org/wiki/Verfassung_des_Deutschen_Reichs_(1871)) [11.5.2022]

- URL 6: [https://en.wikipedia.org/wiki/VK_\(service\)](https://en.wikipedia.org/wiki/VK_(service)) [11.5.2022]
URL 7: <https://kleineanfragen.de/> [4.5.2022]
URL 8: <https://preussenjournal.net> [4.5.2022]
URL 9: <https://preussenjournal.net/2019/09/10/preussen-im-belagerungszustand/> [29.4.2022]
URL 10: <https://preussenjournal.net/author/sascha171/> [29.4.2022]
URL 11: <https://vhd1.hilfsdienst.net/vhd-aktuell-vom-17-11-2021/> [11.5.2022]
URL 12: <https://vhd1.net> [4.5.2022]
URL 13: <https://vk.com/preussischesinstitut> [29.4.2022]
URL 14: <https://wiki.sonnenstaatland.com/wiki/Kategorie:Reichsbürger> [21.1.2022]
URL 15: <https://wissen.ewigerbund.org/der-weg-ins-deutsche-kaiserreich-die-klaerung-der-deutschen-frage/> [21.3.2022]
URL 16: <https://www.endstation-rechts.de/news/armeekorps-bezirke-reichsbuerger-planen-gross> [28.4.2022]
URL 17: <https://www.ewigerbund.org/> [4.5.2022]
URL 18: <https://www.ewigerbund.org/volk/wer-sind-wir/> [11.5.2022]
URL 19: <https://www.facebook.com/preussen1/> [25.4.2022]
URL 20: <https://www.hamburg.de/innenbehoerde/schlagzeilen/15003738/reichsbuerger-szene-weiter-aufgeklaert-2021/> [21.2.2022]
URL 21: <https://www.hilfsdienst.net> [4.5.2022]
URL 22: <https://www.hilfsdienst.net/aktuell-details-03/hilfsdiensttreffen-am-mittelpunkt-des-deutschen-reiches.html> [11.5.2022]
URL 23: https://www.hilfsdienst.net/files/vhd/herunterladen/Broschuere_Vaterlaendischer_Hilfsdienst.pdf [11.5.2022]
URL 24: <https://www.hilfsdienst.net/grundlagen.html> [11.11.2022]
URL 25: <https://www.hilfsdienst.net/meldeformular.html> [17.3.2022]
URL 26: <https://www.hilfsdienst.net/vhd-gesetz.html> [30.3.2022]
URL 27: <https://www.hilfsdienst.net/wiedererweckung-des-vhd.html> [29.4.2022]
URL 28: <https://www.michaskaufladen.net/> [29.4.2022]
URL 29: <https://www.verfassungsschutz.de> [6.4.2018]
URL 30: <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/reichsbuerger-und-selbstverwalter/bismarcks-erben-eine-schnell-wachsende-reichsbuerger-gruppierung.html> [28.4.2022]
URL 31: <https://www.youtube.com/watch?v=C-N4t5e7djg> [25.4.2022]